

## Antrag

der Fraktion der DVU

### **Statistische Offenlegung der Straftaten von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund im Land Brandenburg**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zu veranlassen, dass

1. in sämtlichen von den zuständigen Behörden erstellten Kriminalstatistiken, insbesondere in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik und in den, den Dienststellen der Landespolizei und/oder des Landeskriminalamtes zur Verfügung stehenden Kriminalitätslagebildern sowie

2. in der justiziellen statistischen Erfassung der Strafverfahren im Land Brandenburg

eine detaillierte Erfassung sowohl der Staatsangehörigkeit, als auch – im Falle einer erfolgten Änderung der Nationalität, verbunden mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit – der nationalen Herkunft und/oder Abstammung von – der Begehung von Straftaten - Beschuldigten, Angeschuldigten bzw. Angeklagten sowie Verurteilten erfolgt.

#### Begründung:

Nach der derzeitigen Verwaltungspraxis wird weder in den einschlägigen Kriminalstatistiken, wie z. B. in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik oder in den einschlägigen Kriminalitätslagebildern noch in den vorhandenen justiziellen statistischen Erfassungen in Bezug auf Strafverfahren die konkrete nationale Herkunft bzw. Abstammung von Straftätern und/oder Tatverdächtigen erfasst.

Dieses Informationsdefizit wird einerseits – gerade nach dem Wegfall der systematischen Grenzkontrollen - der Komplexität der gegenwärtigen Kriminalitätslage des Landes Brandenburg als Grenzregion nicht gerecht.

Zum anderen kann es pauschale Vorverurteilungen einzelner Bevölkerungsgruppen bzw. von - über die deutsch-polnische Grenze einreisenden - EU-Ausländern eher fördern als verhindern und letztlich - für ein sozial verantwortungsvolles Miteinander aller gesellschaftlichen Schichten und Gruppen in Brandenburg, gleich welcher nationalen Herkunft und/oder Abstammung - gefährliche Klischeebildungen begünstigen.

Eine detailliertere statistische Erfassung insbesondere der nationalen Herkunft von Straftätern bzw. Tatverdächtigen würde demgegenüber insofern Transparenz schaffen, Klischees abbauen und den Rechtsfrieden fördern. Insofern ist unter keinem rechtlichen oder soziologischen Gesichtspunkt ersichtlich, weshalb eine derartige Klarstellung nicht dem überwiegenden gesellschaftlichen Konsens entspreche.

Vielmehr versetzt eine - im Sinne des vorliegenden Antrags vorzunehmende - Analyse zur Herkunft der Straftäter im Vorfeld der statistischen Darstellung der Kriminalitätslage die Polizeibehörden erst in die Lage, ihre Präventionsarbeit auf ein realistisches, weil – nicht nur delikts-, sondern anhand zusätzlicher objektiver Kriterien auch täterbezogenes -aussagekräftigeres Bild der Gesamtkriminalität hin auszurichten.

Die Notwendigkeit einer insoweit von der DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg bereits im Jahre 2000 geforderten Änderung bei den gängigen Kriminalstatistiken (Drs. 3/2095) hat mittlerweile auch in der aktuellen rechtspolitischen Diskussion sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene ihren Niederschlag gefunden.

Die insofern von der DVU-Fraktion geforderte Fortentwicklung der statistischen Erhebung von Straftaten ist sowohl für die parlamentarische Arbeit im Bereich der inneren Sicherheit zur nachhaltigen Information der Abgeordneten als auch unter dem Aspekt der Verbesserung der polizeilichen Aufklärungsarbeit geboten.

Für die Fraktion der DVU

Liane Hesselbarth  
Fraktionsvorsitzende